

974

**Bundeskanzler Streeruwitz an alle österreichischen
Missionschefs**

Zirkularerlaß

AdR, NPA
Österreich 15/54
Z. 23047/13

Wien, 18. Juli 1929

Pro domo:

Das inliegende Promemoria gründet sich auf Nachrichten aus folgenden Quellen: amtliche politische Berichterstattung, Mitteilungen Dr. Grünberger, Mitteilungen Dr. Coudenhoves, Zeitungsnachrichten, persönliche Nachrichten.

1. Herr Gesandter!

Anbei übermittle ich Ihnen ein Promemoria¹, in welchem die uns zugekommenen Nachrichten über den gegenwärtigen Stand und die treibenden politischen Kräfte der Bewegung zur Organisierung der europäischen Einigung zusammengestellt sind.

Ich ersuche Sie, diesen Fragenkomplex [womöglich mit Herrn Stresemann oder mit Herrn von Schubert zu besprechen und mir baldmöglich zu berichten, wie die leitenden Männer des Auswärtigen Amtes über die Initiative Briands denken, was für Pläne und allfällige Verabredungen in dieser Hinsicht für die heurigen Völkerbundversammlungen bestehen und ob über den Aufgabenkreis der von Briand projektierten Europäischen Staatenkonferenz in Berlin bereits irgend etwas Konkretes bekannt ist.

Empfangen ...]²

mit den leitenden Faktoren im dortigen Ministerium des Auesseren und in politisch interessierten Kreisen von Paris zu besprechen und mir die Impressionen, die Sie hiebei gewannen, zu berichten.

Besonders wertvoll wäre es, zu erfahren, welche Pläne in diesem Zusammenhange für die heurige Völkerbundversammlung bestehen und ob über den Aufgabenkreis der von Herrn Briand projektierten Europäischen Staatenkonferenz bereits irgend etwas Konkretes bekannt ist.

In Ihren Konversationen wollen Sie nicht verabsäumen, darauf hinzuweisen, dass man sich in Österreich für diese Frage aus auf der Hand liegenden politischen und wirtschaftlichen Gründen stets lebhaft interessiert hat und dass demgemäss auch ein Grossteil der ideologischen und propagandistischen Arbeit für die Einigung Europas in Wien und von Wien aus geleistet worden ist.

¹ Siehe Anhang dieses Dokuments.

² Nur an Gesandten Frank in Berlin gerichtet.

Anhang
Pro memoria

Durch die angekündigte Initiative Briands tritt die Frage des Zusammenschlusses Europas aus der Periode der öffentlichen Diskussion in die der praktisch-politischen Durchführungsarbeit.

Der Gedanke an ein geeintes Europa, der im Laufe der Jahrhunderte wiederholt führenden Staatsmännern und Philosophen als utopisches Ideal vorgeschwebt ist, hat in dem an seiner Uneinigkeit fast verbluteten Europa der Nachkriegszeit, etwa in den Jahren der Ruhrkatastrophe und der Zerstörung der europäischen Währungen, erneut eine starke, werbende Kraft gewonnen. In den seither verflossenen sechs Jahren ist die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Weltposition eines uneinigen Europas zum Gemeingut fast aller europäischer Politiker von Rang geworden — abgesehen von den unentwegten Nationalisten und von Italien, und abgesehen von den Kommunisten, welche eine Einheitsfront gegen Moskau befürchten.

Es haben sich in der einen oder anderen Form für diesen Gedanken erklärt: In Frankreich: Briand, Herriot, Painlevé, Paladier, Léon Blum, Poincaré, kurz die gesamte Linke und Mitte der Kammer, bis einschliesslich Poincaré.

In Deutschland: Stresemann, Marx, Koch, Loebe. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat als erste Partei die Vereinigung Europas als Parteilforderung in ihr Programm aufgenommen.

In England: Macdonald, Henderson, Amery (Kolonialminister im Kabinett Baldwin).

In Österreich: Seipel, Renner.

In der Tschechoslowakei: Masaryk, Beneš.

In Spanien: König Alfons, Primo de Rivera.

In Ungarn: Graf Bethlen.

Sicherlich sind die Ansichten der genannten Männer weder über den Weg, welcher zur Erreichung ihres gemeinsamen Zieles führt, noch über das Tempo, in dem dieser Weg zu durchmessen sein wird, gleicher Ansicht, und es muss konstatiert werden, dass speziell die Pläne Briands in weiten Kreisen der Öffentlichkeit Deutschlands mit erheblicher Skepsis betrachtet werden. Andererseits ist es aber natürlich gänzlich abwegig, in der jetzigen Initiative Briands nichts als eine taktische Finte sehen zu wollen, die auf der einen Seite die Linke der Kammer zur Ratifizierung des Schuldenabkommens bewegen, auf der anderen Seite den amerikanischen Gläubiger beunruhigen und nachgiebig stimmen soll. Briand hat sein Prestige mit dieser Frage in einer weit zurückliegenden Zeit verknüpft, als derartige Zusammenhänge noch ausser jedem Betracht lagen.

Richtig allerdings ist, dass gerade die Debatte über das Schuldenabkommen der französischen Öffentlichkeit so recht die jämmerliche Lage Frankreichs in einem uneinigen Europa Amerika gegenüber zum Bewusstsein gebracht hat, eine scharfe antiamerikanische Strömung in allen Schichten des französischen Volkes ausgelöst hat und damit Briand ein Hervortreten im gegenwärtigen Augenblicke innerpolitisch wesentlich erleichterte.

Auf der anderen Seite jedoch erfordern auch aussenpolitische Erwägungen ernstester Art eine Aufrollung der Europafrage noch im heurigen Herbst. Durch die bevorstehende Rheinland-Räumung gewinnt Deutschland seine aussenpolitische Aktionsfreiheit wieder. Nach allen Regeln der alten Macht- und Bündnisdiplomatie und nach der Ansicht fast aller nationalistischer Politiker in Deutschland müsste Deutschland diese Freiheit zu einer Annäherung an jene Mächtegruppe in Europa verwenden, welche ebenso wie Deutschland die Revision der Pariser Verträge des Jahres 1919 zum Ziele hat. Mussolini erwartet eine solche Evolution, hat sie seit langem prophezeit und arbeitet zielbewusst in diese Richtung. Auch mit der wiederholten Aufforderung an Österreich, sich doch zu einer aktiveren Aussenpolitik zu entschliessen, soll solchen Plänen der Weg geebnet werden. Diesen Tendenzen, die in ihrer weiteren Folge unweigerlich zu einer Zerteilung Europas nach dem Muster des Vorkriegseuropas und damit zu einer neuen europäischen Konflagration im grössten Ausmasse führen müssten, kann wirksam nur dann vorgebeugt werden, wenn es gelingt, etwa gleichzeitig mit der Rheinland-Räumung ein für den Großteil des deutschen Volkes verlockenderes politisches Zukunftsziel aufzustellen.

Die Dinge dürften sich in den nächsten Monaten folgendermassen gestalten: Nachdem Briand bei der Völkerbundsrats-Tagung die nötigen Sondierungen bei allen in Madrid anwesenden Staatsvertretern unternommen und bei der überwiegenden Mehrzahl starkes Interesse gefunden hat, wird er gelegentlich der Völkerbundversammlung im September dieses Jahres einen grossen Appell zur Einigung Europas ergehen lassen und die Einberufung einer Europäischen Staaten-Konferenz ankündigen. Die Konferenz könnte ungefähr um die Jahreswende zusammentreten und wird sich mit den Möglichkeiten und Voraussetzungen der Schaffung der „Etats fédérés d'Europe“ beschäftigen, — Voraussetzung hiefür ist allerdings, dass das Echo, welches diese Initiative Briands in Europa findet, hinlänglich stark ist.

Es werden deshalb von allen an der europäischen Einigung interessierten Stellen alle Vorbereitungen in dieser Richtung getroffen werden müssen. Schon jetzt sind zwei Kundgebungen grossen Formates geplant. Im Oktober wird Herriot eine Werbereise durch Europa unternehmen, die ihn nach Wien, Prag, Berlin und Warschau führen wird. In allen diesen Städten wird Herriot in grossen Versammlungen sprechen.

Eine zweite, noch bedeutendere Kundgebung ähnlicher Art wird sich im Rheinland unmittelbar nach der Räumung abspielen. Es sollen Vertreter aller Zeitungen Deutschlands und Frankreichs, welche für die endgültige Aussöhnung der beiden Länder und für die Schaffung eines geeinten Europas eintreten, im Rheinland — der Ort steht noch nicht fest — auf einem Pressetag zusammentreten, um ein gemeinsames Manifest an die Öffentlichkeit der beiden Länder ergehen zu lassen.

Gewiss wird das Ergebnis der I. Europäischen Staaten-Konferenz noch überaus bescheiden sein, und die Debatten all das jahrhundertelange Misstrauen der europäischen Staaten gegeneinander und die Zerrissenheit dieses Kontinents widerspiegeln. Die zukunfts schwersten und gefährlichsten Pro-

bleme jedoch werden nicht innereuropäischer Natur sein, sondern sie werden das Verhältnis Europas zum Britischen Reich, zu den Vereinigten Staaten und zur Sowjet-Union betreffen. Immerhin aber wird ein Anfang gemacht werden, auf dem man weiterbauen wird.

975

**Bundeskanzler Streeruwitz an
Gesandten Marek (Prag)**

Weisung

AdR, NPA
Tschechoslowakei I/III
Z. 23126/13

Wien, 18. Juli 1929

Herr Gesandter!

Indem ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 12. d. M. ¹ bestens danke, ersuche ich Sie, hinsichtlich meines Urlaubsaufenthaltes in Böhmen folgendes zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Ich dürfte ca. am 10. August, von Deutschland kommend, bei meiner Familie in Mies eintreffen und möchte mich dort etwa 10 Tage lang rein als Privatmann aufhalten. Aus politischen wie aus persönlichen Gründen wäre es mir weitaus am liebsten, wenn weder Herr Beneš noch sonst ein Mitglied der tschechoslowakischen Regierung von meiner Anwesenheit in Mies offiziell Kenntnis nehmen wollte. Wenn jedoch Herr Beneš besonderen Wert darauf legen sollte, mit mir in diesen Tagen zusammenzutreffen, so hätte ich nichts dagegen, ihm, vorausgesetzt dass er sich irgendwo in der Nähe von Mies befände, einen Besuch abzustatten. Selbstverständlich müsste der streng private Charakter dieser Begegnung durch alle Beteiligten und vor allem durch die Presse beider Länder auf das nachdrücklichste betont werden, da es mir unmöglich wäre, meinen ersten offiziellen Auslandsbesuch gerade der Tschechoslowakei abzustatten.

Empfangen Sie, sehr geehrter Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

¹ Gesandter Marek an Bundeskanzler Streeruwitz. Schreiben, Prag, 12. Juli 1929 — AdR, Gesandtschaft Prag.